A-09-252-3 Für Frieden in Freiheit. Konsequent europäisch Handeln.

Antragsteller*in: Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND
Beschlussdatum: 06.11.2025

Änderungsantrag zu A-09

Nach Zeile 252 einfügen:
Schutz von Frauen und Kindern in russischer Gefangenschaft - feministische Verantwortung im Angesicht russischer Kriegsverbrechen

Besonders Frauen und Kinder in russischer Gefangenschaft sind systematischer Gewalt, Erniedrigung und Indoktrination ausgesetzt. Kinder werden von ihren Eltern getrennt, in staatliche Einrichtungen gesteckt und psychologisch manipuliert – ihnen wird ihre Kindheit und ihre Sicherheit geraubt. Frauen erfahren sexuelle Gewalt, Folter und Entmenschlichung. Diese Verbrechen sind Ausdruck patriarchaler Machtpolitik, die körperliche Selbstbestimmung, Freiheit und Sicherheit von Frauen und Kindern als Kriegswaffe instrumentalisiert.

Der Fall der 13-jährigen Masha Moskaleva zeigt exemplarisch, wie Kinder direkt für Repression und Einschüchterung genutzt werden. Putins Krieg zerstört Familien und verletzt grundlegende Menschenrechte – insbesondere das Recht auf Schutz, körperliche Unversehrtheit und Sicherheit.

Diese systematische Gewalt gegen Frauen und Kinder spiegelt sich auch im gesellschaftlichen und rechtlichen System Russlands wider. Frauenrechte sind massiv eingeschränkt: Häusliche Gewalt wird oft bagatellisiert, Opfer erhalten kaum Schutz, und feministische Bewegungen sowie queere Aktivist*innen werden aktiv verfolgt. 2017 verschärft die Regierung diese Unterdrückung entscheidend, indem sie häusliche Gewalt bei erstem Vergehen teilweise entkriminalisiert und staatliche Schutzmechanismen weiter schwächt. Gleichzeitig werden Aktivist*innen, die sich für Frauenrechte und queere Rechte einsetzen, systematisch kriminalisiert, mit Repressionen überzogen und inhaftiert. Täter*innen bleiben häufig straffrei, und Gewalt gegen Frauen und Kinder wird nicht nur im Krieg, sondern in der gesamten Gesellschaft systematisch geduldet und verstärkt.

Die Kombination aus bewaffnetem Konflikt, staatlicher Gewalt und patriarchaler Politik macht deutlich: Frauenrechte und Kinderschutz in Russland werden gezielt untergraben. Internationale Aufmerksamkeit, Sanktionen gegen Täter*innen und wirksame Schutzmaßnahmen sind dringend erforderlich, um die körperliche Unversehrtheit, Freiheit und Rechte von Frauen und Kindern zu sichern.

Wir fordern: Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Frauenrechte in internationalen Verhandlungen besonders berücksichtigt werden, und dass sexuelle Gewalt in Haft als Kriegsverbrechen geahndet wird. Frauenrechte und der Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt müssen Leitprinzip jeder Verhandlung und Sanktionspolitik gegenüber Russland sein.

Es braucht deutliche Sanktionen und strafrechtliche Verfolgung gegen Täter*innen, die Gewalt an Frauen und Kindern in Haft und in der Gesellschaft ausüben, sowie eine umfassende Transparenz über solche Menschenrechtsverletzungen. Frauenrechtsorganisationen und zivilgesellschaftliche Akteur*innen in Russland müssen unterstützt werden, Kinder in Gefangenschaft oder von Zwangsumsiedlung bedroht müssen Priorität bei Rückführungs- und Schutzmaßnahmen erhalten, inklusive Zugang zu Bildung, psychosozialer Betreuung und medizinischer Versorgung